



An Herrn Bundeskanzler Scholz,  
Herrn Vizekanzler Habeck,  
Frau Innenministerin Faeser

Präsidentin  
Renate Bauer  
Geschäftsadresse: Wörthstr. 6a  
67059 Ludwigshafen  
Tel.: 015125175793  
eMail: praesident-bfgd@bfgd.org

Ihr Zeichen

Unser Zeichen  
BA

Datum  
31. Januar 2025

## Offener Brief

### **Aufforderung des BFGD an die Bundesregierung über die sofortige Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der „Alternative für Deutschland“ gemäß Artikel 21 Absatz 2, 3 und 4 des Grundgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz, sehr geehrter Herr Vizekanzler Habeck, sehr geehrte Frau Bundesinnenministerin Faeser,

mit großer Besorgnis verfolgen der Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands K.d.ö.R., seine Mitgliedsgemeinschaften und die Mitglieder seines Präsidiums die sich verstärkende Übernahme nationalsozialistischen Gedankenguts und Forderungen durch Führungspersonen der AfD und deren Bundestagsabgeordnete.

Die Abstimmung vom Mittwoch im Deutschen Bundestag erfüllt uns mit Bestürzung und Trauer. Denn bereits einmal haben bürgerlich-konservative Parteien mit faschistischen Parteien paktiert, was den Untergang der Weimarer Demokratie besiegelte. Durch die gemeinsame Haltung und Abstimmung von CDU/CSU, FDP und AfD war klar, dass der Antrag über den Bundestag eine Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der AfD einzuleiten, keine Mehrheit finden würde, wie es sich dann auch in der gestrigen Abstimmung zeigte.

Die Radikalisierung und Gefahr der AfD zeigt sich u.a. in der Wortwahl und in den Plänen, auch Menschen, die hier geboren sind und deutsche Pässe haben, zu vertreiben, und in den zunehmenden Diskriminierungen und Angriffen auf LGBTQIA+-Personen und deren Rechte, ebenso die Pläne zur Einschränkung der Religionsfreiheit, und generell im Hass auf Andersdenkende und Anderslebende.

Als Gemeinschaft, deren Mitgliedsgemeinden schon 1933 teilweise verboten wurden und der als Gesamtverband 1934 ein Verbot erhielt, der erleben musste, wie viele Mitgliedspersonen verhaftet und verurteilt wurden oder emigrieren mussten, beobachten wir schon seit Jahren mit großer Sorge diese zunehmende Radikalisierung und thematisieren sie auch. Und wir fürchten klar, dass Parteien, die die Menschenrechte kleinerer Personengruppen mit Füßen treten, nicht davor Halt machen werden, die Menschenrechte vieler oder gar aller abzuschaffen. Die Anträge dieser Partei im Bundestag zeigen dies. Menschenrechte sind nicht verhandelbar, auch nicht durch Mehrheiten im Parlament oder in Meinungsumfragen.

Wir als BFGD treten seit Gründung 1859 für die Freiheit des Denkens und Glaubens ein, für ein gleichberechtigtes und demokratisches Miteinander, für gegenseitige Unterstützung und Bildung, nicht nur in unserer Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft, sondern darüber hinaus, und für die Menschenrechte aller.

#### **Geschäftsstelle:**

Wörthstr. 6a 67059 Ludwigshafen Tel.: 0621 621170 Fax: 0621 626633 eMail: [bfgd@bfgd.org](mailto:bfgd@bfgd.org)  
Bankverbindung: IBAN: DE43 3702 0500 0001 5209 00

Sie alle haben einen Eid geschworen:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Dieses Grundgesetz gilt es nun zu nutzen und zu verteidigen.

Daher fordern wir Sie nachdrücklich auf, die sofortige Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der „Alternative für Deutschland“ gemäß Artikel 21 Absatz 2, 3 und 4 des Grundgesetzes anzustoßen.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Renate Bauer', with a checkmark at the end.

Renate Bauer  
Präsidentin